

le diese Kostenschätzungen stehen zudem unter der Prämisse, daß weiterhin 95 Prozent der kontaminierten Abrißmaterialien freigemessen, recycelt und in die Umwelt freigesetzt werden.

„Die bekannt gewordenen Pläne der Atom-Finanzkommission bedeuten neue atomare Milliardenrisiken für die SteuerzahlerInnen. Denn die Lagerung des Atommülls wird am Ende sicher deutlich teurer, als von den Konzernen kalkuliert“, kritisiert Matthias Weyland von ‚ausgestrahlt. Nötig sei daher, eine unbegrenzte Nachschusspflicht der Konzerne für den Fonds festzuschreiben, andernfalls bleiben alle Kostensteigerungen an der Allgemeinheit hängen. „Mit dem versprochenen ‚Versacherprinzip‘ hat das nichts zu tun“, so Weyland.

Franziska Buch, Referentin für Energie und Klima im Umweltinstitut München, meint: „Die Kommission muss auch das Geld für den Abriss der Atomanlagen sichern. Nach ihren bisherigen Vorstellungen soll dieser Teil der Rückstellungen bei den Konzernen verbleiben. Die Rückstellungen sind jedoch nur bilanziell vorhanden. Damit kann nicht garantiert werden, dass das Geld auch tatsächlich zur Verfügung steht, wenn es benötigt wird.“

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) kritisiert, daß eine Nachschusspflicht verworfen wurde für den Fall, daß die 38 Milliarden Euro, die die Konzerne in ihren Bilanzen für die Rückstellungen ausgewiesen haben, nicht reichen und das sei absehbar. „Ob die Konzerne wirklich zur Kasse gebeten werden, ob sie sich am Ende weigern, für die Endlagerung des Atommülls aufzukommen und allein den Abriss der Atomkraftwerke finanzieren, wie es im Freshfields-Gutachten der Konzerne nachlesbar ist, ist nicht endgültig geregelt. Vor allem fordern wir

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel auf, die Kommissionsvorschläge nicht noch weiter zu verwässern. Es muss dabei bleiben, dass diejenigen, die die Verantwortung für den Müll haben, sich nicht aus der Verantwortung stehlen“, sagte BI-Sprecher Wolfgang Ehme.

Ende Februar 2016 will die Atom-Finanzkommission ihren Empfehlungsbericht an die Bundesregierung übergeben. 135.000 Menschen fordern auf Initiative von ‚ausgestrahlt und Umweltinstitut München bereits, die AKW-Betreiber nicht aus der finanziellen Verantwortung für ihre atomaren Lasten zu entlassen. Der Link zu dieser Onlineaktion lautet: <https://www.ausgestrahlt.de/mitmachen/kampagnen/kampagne-keine-bad-bank-fuer-akw/> ●

Atompolitik

Trennung von IAEO und WHO gefordert

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag übt deutliche Kritik an der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO). Die Organisation verharmlose Gefahren und Risiken der Nuklearenergie und arbeite intransparent. In einem Antrag der Fraktion (Bundestagsdrucksache 18/7658 vom 24.02.2016) wird die Bundesregierung aufgefordert, sich für eine Reform der IAEO und einer Trennung von der WHO einzusetzen.

Nach Artikel II ihrer Satzung soll die IAEO den Beitrag der Atomenergie zu Frieden, Gesundheit und Wohlstand weltweit beschleunigen und vergrößern. Die Förderung der Atomenergie habe damit höchste Priorität für diese Organisation und führte in der Vergangenheit immer wieder zu einer Verharmlosung der Folgen von Atomkraft, kriti-

sieren die Grünen. Dies spiegeln sich unter anderem in Aussagen wie der des ehemaligen IAEO-Präsidenten Hans Blix wider, der meinte, angesichts der Wichtigkeit der Kernenergie könne die Welt einen Unfall vom Ausmaß Tschernobyls pro Jahr ertragen. Zudem gebe es große Differenzen bezüglich der Todesfälle durch die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl. Während die IAEO an der Zahl von nur 50 Toten und 4000 (zukünftigen) Krebskranken festhalte (Stand seit 2005), gingen unabhängige Expertinnen und Experten von bis zu 1,8 Millionen Toten aus, einschließlich zukünftiger Todesfälle. Dabei beziehen sich die Grünen auf Kalkulationen der IPPNW vom März 2011.

Auch nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima am 11. März 2011 habe es immer wieder Hinweise gegeben, daß die IAEO der Förderung der Atompolitik höchste Priorität einräumt und die nuklearen Risiken und Gefahren verharmlost, wird weiter kritisiert. Durch die Recherche der japanischen Zeitung Tokyo Shimbun sei am 31. Dezember 2013 bekannt geworden, daß die IAEO mit den Präfektoren Fukushima und Fukui sowie der Medizinischen Fakultät von Fukushima Verträge ausgehandelt hat, die eine gegenseitige Geheimhaltung zu bestimmten Informationen garantieren, wenn eine der Parteien dies wünscht. In dem Vertrag mit der Medizinischen Fakultät sei es dabei unter anderem um Daten zur Gesundheitserhebung in der Präfektur gegangen. Mit der Präfektur Fukushima habe die IAEO unter anderem Geheimhaltung zum Verfahren bei der Atommüllentsorgung ausgehandelt. Durch die Geheimhaltung werde der betroffenen Bevölkerung die Möglichkeit genommen, sich uneingeschränkt zu informieren und dementsprechend handeln sowie sich schützen zu können.

In diesem Zusammenhang rügen die Grünen auch das bereits seit 1959 bestehende Abkommen zwischen der IAEO und der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Dieser Vertrag schränkt die Unabhängigkeit der WHO bei der Veröffentlichung von Bewertungen und Empfehlungen im Falle einer nuklearen Katastrophe erheblich ein. In dem Abkommen verpflichtet sich die WHO, bevor sie ein Forschungsprogramm oder Maßnahmen zu Strahlungsfolgen einleitet, die IAEO zu konsultieren, um die betreffende Frage einvernehmlich zu regeln. Damit, so die Grünen, nehme die IAEO entscheidenden Einfluss auf die gesundheitliche Bewertung nuklearer Katastrophen, verfüge dafür aber weder über ein Mandat noch über eine ausreichende wissenschaftliche Expertise und Unabhängigkeit.

Als Hüterin des gesundheitlichen Wohlergehens aller Menschen müsse die WHO stattdessen finanziell, personell sowie strukturell in die Lage versetzt werden, ihren Aufgaben der globalen Gesundheitspolitik im Allgemeinen sowie dem Strahlenschutz im Besonderen gerecht zu werden, meinen die Grünen. Die vertragliche Verknüpfung zur IAEO, die intransparent agiere, die Förderung der Atomkraft prioritär betrachte und Folgen von Nuklearkatastrophen verharmlose, sprächen aber dagegen.

Die Grünen fordern deshalb die Bundesregierung auf, von der IAEO eine transparentere Arbeitsweise einzufordern und dafür ein „Peer-Review-Verfahren“ anzustoßen, das konkrete Kriterien für die Geheimhaltung von Informationen entwickelt. In einen solchen Prozess sollten die IAEO-Mitgliedstaaten, unabhängige ExpertInnen sowie InteressenvertreterInnen aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft mit einbezogen werden, meinen die Grünen. Die Bundesregierung solle sich zudem

dafür einzusetzen, daß die systematische Verharmlosung von radioaktiver Strahlung durch die IAEO als Tagesordnungspunkt auf der 60. Generalkonferenz der IAEO vom 26. bis 30. September 2016 in Wien offen diskutiert und beendet wird.

Bei der 69. Weltgesundheitsversammlung (WHA) im Mai 2016 soll die Bundesregierung eine sofortige Annullierung des Vertrages zwischen WHO und IAEO vom Mai 1959 beantragen, fordern die Grünen. Als Mitglied des Exekutivrates der WHO solle sie sich auch für eine größtmögliche Unabhängigkeit sowie eine ausreichende Personalausstattung der WHO bei Untersuchungen, Bewertungen und Empfehlungen zu den Auswirkungen ionisierender Strahlung und nuklearer Katastrophen einsetzen. Die WHO müsse im Fall solcher Katastrophen zukünftig mit eigenem Personal und ausreichender technischer Ausstattung Messungen vor Ort durchführen können, um im Anschluss unabhängige Empfehlungen für Schutz- und Hilfsmaßnahmen geben zu können, meinen die Grünen.

Der Antrag wurde am 25. Februar 2016 im Plenum des Deutschen Bundestages behandelt. Im „Vereinfachten Verfahren“ erfolgte eine Überweisung in die Ausschüsse. ●

Atompolitik

Schnelle Brüter

EURATOM will sich auch weiterhin an der Forschung neuer Reaktortypen beteiligen. Wie World Nuclear News (www.world-nuclear-news.org) berichten, gibt es auf EU-Ebene bereits die grundsätzliche Zustimmung, auch bis zum Jahr 2025 am internationalen Generation IV Forum teilzunehmen. Beteiligt am Forschungsprogramm sind 13 Staaten, für die Atomkraft eine Zukunftstechnologie darstellt – unter anderem die

USA, Argentinien, Brasilien, Kanada, China, Japan, Russland, Südkorea, Südafrika, die Schweiz und die Europäische Union über EURATOM. Im Mittelpunkt der Forschungen steht die Entwicklung von Schnellen Brütern, die wesentlich auf der Produktion von Plutonium beruhen. Forschungsreaktoren sollen in Belgien, Rumänien und Frankreich entstehen und in einem der drei folgenden Staaten: Slowakei, Ungarn oder Tschechien. ●

Berlin, 11. + 19. März 2016

Fukushima the Aftermath

Freitag, 11. März 2016 ab 15 bis 24 Uhr, Werkstatt der Kulturen, Wissmannstraße 32, 12049 Berlin. – Fünf Jahre nach Fukushima: In Japan, das am meisten über die Gefahren der Kernkraft Bescheid wissen sollte, setzt die Regierung trotz massiven Widerstands der Bevölkerung weiter auf die Atomenergie. In „Fukushima the Aftermath“ präsentieren Künstler ihre Auseinandersetzung mit den Lehren aus der Katastrophe und den Aufgaben für die Zukunft: Musik, Tanztheater, Performance, visuelle Kunst.

Um 22 Uhr Kazuma Glen Motomura – Bodypoet mit der Tanztheater-Performance Between Lies and Harmony.

www.vimeo.com/bodypoet

Eine Diskussionsrunde gibt es ab 19.30 Uhr: Wo stehen wir jetzt und wo soll es hingehen?

www.werkstatt-der-kulturen.de

FUKUSHIMA MAHNT

Demonstration zum 5. Jahrestag von Fukushima und zum 30. Jahrestag von Tschernobyl:

Samstag, 19. März 2016. Treffpunkt in Berlin am Potsdamer Platz um 13 Uhr.

Die jährliche „Kazaguruma-Demo“ von Sayonara Nukes Berlin zum Jahrestag von Fukushima. www.kazagurumademo.de ●

Strahlentelex mit ElektrosmogReport

✂ ABONNEMENTSBESTELLUNG

An Strahlentelex mit ElektrosmogReport
Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin

Name, Adresse:

Bitte teilen Sie Adressenänderungen künftig rechtzeitig selbst mit, und verlassen Sie sich bitte nicht auf die Übermittlung durch die Post. Vielen Dank.

Ich möchte zur Begrüßung kostenlos folgendes Buch aus dem Angebot (siehe unter www.strahlentelex.de/Abonnement.htm):

Ich/Wir bestelle/n zum fortlaufenden Bezug ein Jahresabonnement des **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** ab der Ausgabe Nr. _____ zum Preis von EURO 82,00 für 12 Ausgaben jährlich frei Haus. Ich/Wir bezahlen nach Erhalt der ersten Lieferung und der Rechnung. Dann wird das **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** weiter zugestellt. Im Falle einer Adressenänderung darf die Deutsche Bundespost - Postdienst meine/unsere neue Anschrift an den Verlag weiterleiten. Ort/Datum, Unterschrift:

Vertrauensgarantie: Ich/Wir habe/n davon Kenntnis genommen, daß ich/wir das Abonnement jederzeit und ohne Einhaltung irgendwelcher Fristen kündigen kann/können. Ort/Datum, Unterschrift:

Strahlentelex mit ElektrosmogReport • Informationsdienst • Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin, ☎ 030 / 435 28 40, Fax 030 / 64 32 91 67. eMail: Strahlentelex@t-online.de, <http://www.strahlentelex.de>

Herausgeber und Verlag: Thomas Dersee, Strahlentelex.

Redaktion Strahlentelex: Thomas Dersee, Dipl.-Ing. (verantw.), Dr. Sebastian Pflugbeil, Dipl.-Phys.

Redaktion ElektrosmogReport: Isabel Wilke, Dipl.-Biol. (verantw.), c/o Katalyse e.V. Abt. Elektrosmog, Volksgartenstr. 34, D-50677 Köln, ☎ 0221/94 40 48-0, Fax 0221/94 40 48-9, eMail: i.wilke@katalyse.de, <http://www.elektrosmogreport.de>

Wissenschaftlicher Beirat: Dr.med. Helmut Becker, Berlin, Dr. Thomas Bigalke, Berlin, Dr. Ute Boikat, Bremen, Prof. Dr.med. Karl Bonhoeffer, Dachau, Prof. Dr. Friedhelm Diel, Fulda, Prof. Dr.med. Rainer Frentzel-Beyme, Bremen, Dr.med. Joachim Großhennig, Berlin, Dr.med. Ellis Huber, Berlin, Dipl.-Ing. Bernd Lehmann, Berlin, Dr.med. Klaus Lischka, Berlin, Prof. Dr. E. Randolph Lochmann †, Dipl.-Ing. Heiner Matthias †, Dr. Werner Neumann, Altenstadt, Dr. Peter Plieninger, Berlin, Dr. Ernst Rößler, Berlin, Prof. Dr. Jens Scheer †, Prof. Dr.med. Roland Scholz †, Priv.-Doz. Dr. Hilde Schramm, Berlin, Jannes Kazuomi Tashiro, Kiel.

Erscheinungsweise: Jeden ersten Donnerstag im Monat.

Bezug: Im Jahresabonnement EURO 82,- für 12 Ausgaben frei Haus. Einzel Exemplare EURO 8,20, Probeexemplar kostenlos.

Druck: Bloch & Co. GmbH, Prinzessinnenstraße 26, 10969 Berlin.

Die im Strahlentelex gewählten Produktzeichnungen sagen nichts über die Schutzrechte der Warenzeichen aus.

© Copyright 2016 bei Thomas Dersee, Strahlentelex. Alle Rechte vorbehalten. ISSN 0931-4288